Hallo Bundestag

Wahlkreistag Erfurt – Weimar – Weimarer Land II

Dokumentation des zweiten Wahlkreistages am 18. November 2023



Inhalt

1 Überblick 2
2 Das Projekt Hallo Bundestag 4
3 Ergebnisse des Wahlkreistages 5
3.1 Begrüßung und Kennenlernrunde 5
3.2 Erste Gruppenphase am Vormittag 5
3.3 Themenfestlegung für den Nachmittag 8
3.4 Gruppenphase am Nachmittag und Diskussion mit den Abgeordneten 9
3.4.1 Kleingruppe 1: Arbeit, Steuern, Bürgergeld 10
3.4.2 Kleingruppe 2: Bildung 11
3.4.3 Kleingruppe 3: Verwendung von Steuergeldern 12
3.5 Abschlussrunde 15
4 Ausklang und „Wie geht es weiter?“ 16

1 Überblick

Am 18. November 2023 fand von 10 bis 17 Uhr im Rahmen des Projekts Hallo Bundestag – Gewählt. Gelost. Gemeinsam. Wahlkreisräte für die Demokratie der zweite Wahlkreistag im Wahlkreis Erfurt – Weimar – Weimarer Land II statt.

23 zufällig aus den Melderegistern des Wahlkreises ausgeloste Menschen zwischen 12 und 84 Jahren fanden sich im Haus Dacheröden ein. Das Thema, unter dem die Menschen eingeladen wurden, lautete in dieser Phase: „Der Staat und Wir – ein Geben und Nehmen?".

In der ersten Phase des Tages fand in Kleingruppen ein Austausch darüber statt, wo den Teilnehmenden im Alltag Unterstützung begegnet, sie andere unterstützen oder sich für etwas einsetzen und wo ihnen Unterstützung fehlt. Ziel war es auch, sich darüber auszutauschen, welche Rolle hierbei der Staat spielen sollte. Wo fehlt es an staatlicher Unterstützung? Wo sollte der Staat anders unterstützen? Und wo übernimmt der Staat Aufgaben, die eigentlich in der Verantwortung der Gesellschaft liegen sollten? Die Teilnehmenden erarbeiteten in ihren Gruppen Themen, die sie am Nachmittag gern weiter diskutieren würden. In einer zweiten Kleingruppenphase nach dem Mittagessen wurden diese Themen dann tiefergehend bearbeitet und diskutiert.

Am Nachmittag kamen die Abgeordneten des Wahlkreises Carsten Schneider (SPD) und Susanne Hennig-Wellsow (LINKE) dazu. Antje Tillmann (CDU) konnte aufgrund von terminlichen Schwierigkeiten nicht dabei sein, Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) hatte kurzfristig aufgrund von Krankheit abgesagt.

Als Grundlage für die Gespräche am Wahlkreistag stand den Teilnehmenden ein **Begleitheft** zur Verfügung, um unabhängig vom Vorwissen der Teilnehmenden eine geteilte Wissensbasis herzustellen. Das Heft wurde von Es geht LOS erstellt und so einfach und neutral wie möglich formuliert. Um dies sicherzustellen, wurden Expert:innen aus Forschung, Zivilgesellschaft und von anerkannten Institutionen, die zum Themenfeld arbeiten, um eine Überprüfung gebeten. Auch ehemalige Teilnehmende von Wahlkreistagen sowie Jugendliche haben Feedback zu Inhalt und Verständlichkeit gegeben. Die Hefte wurden zu Beginn ausgeteilt. Jede:r Teilnehmer:in hatte ein personalisiertes Heft, das neben Wissen zum Thema auch als Begleiter durch den Tag angelegt war und verschiedene Prozessschritte enthielt.

Mehr Informationen zur Erstellung sowie das Heft zum Download sind unter diesem Link verfügbar.

Abbildung 1 enthält eine Übersicht darüber, wie viele Personen für den Wahlkreistag ausgelost wurden, wie viele dieser Personen zugesagt und wie viele am Tag selbst tatsächlich teilgenommen haben. Einige Ausgeloste mussten aufgrund von Krankheit kurzfristig ihre Teilnahme absagen.

	Ausgeloste Personen	Zusagen	Teilnahmen
Jugend (12-18 J.)	21	9	7
Erwachsene	158	25	16

Abb. 1 Übersicht Losverfahren

Das sagen die Teilnehmenden

„Der Durschnitt war ganz toll – zwischen alt und jung, verschiedenen Berufsgruppen und verschiedenen Hintergründen.“ – Mario J.

„Besonders war die offene und respektvolle Gesprächskultur! Reden und Zuhören bringt und gemeinsam vorwärts. Danke!” Marco Z.

„Was mich persönlich beeindruckt hat, sind die verschiedenen Altersgruppen und ihre Perspektiven.” Frank H.

„Der Wahlkreistag hat gezeigt: Wir können noch miteinander reden als Gesellschaft.” Manuela S.

Zu dieser Dokumentation

Nach einer kurzen Beschreibung des Gesamtprojekts (Abschnitt 2) gibt diese Dokumentation die Ergebnisse des Tages entlang des Prozesses wieder (Abschnitt 3). Dabei geht es um folgende Prozessschritte:

1. Begrüßung und Kennenlernrunde
2. Erste Gruppenphase am Vormittag
3. Themenfestlegung für den Nachmittag
4. Gruppenphase am Nachmittag inklusive Diskussion mit den Abgeordneten
5. Abschlussrunde



2 Das Projekt Hallo Bundestag

Hallo Bundestag verfolgt das Ziel, den Austausch zwischen gewählten Vertreter:innen im Bundestag und gelosten Einwohner:innen aus deren Wahlkreisen langfristig zu stärken. Der Slogan *Gewählt. Gelost. Gemeinsam.* macht diese Vision deutlich und hebt insbesondere das Gemeinsame hervor, das für das Projekt zentral ist und das in Bürger:innenräten oftmals zu kurz kommt.

Dafür veranstalten wir in sechs Wahlkreisen in drei Phasen jeweils sogenannte Wahlkreistage. Das sind eintägige Workshops mit zufällig aus dem Melderegister gezogenen Menschen aus einem Wahlkreis sowie den Abgeordneten, die für diesen Wahlkreis direkt oder über Parteiliste in den Bundestag gewählt sind. Das Losverfahren ist in mehrfacher Hinsicht ausschlaggebend für die Sicherung der Vielfalt der Teilnehmenden:

- Wir losen aus den Melderegistern: Alle Menschen, die dort gemeldet sind, unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Wahlrecht, können ausgelost werden.
- Wir nutzen in all unseren Prozessen das Aufsuchende Losverfahren. Dieses stellt sicher, dass diejenigen kommen, die der Zufall ausgelost hat. Wir losen datensparsam aus und besuchen diejenigen, die nicht auf den Einladungsbrief antworten, zu Hause.
- Wir losen ab 12 Jahren aus, um insbesondere Jugendliche, die zwar am längsten von den heute getroffenen Entscheidungen betroffen sind, jedoch noch nicht wählen dürfen, einzubinden.

In der zweiten Projektphase wurde bei den Wahlkreistagen das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat diskutiert. In der ersten Phase drehten sich die Wahlkreistage um die Beziehung der Menschen in den Wahlkreisen zu ihren Abgeordneten im Bundestag und der Bundespolitik insgesamt. In der dritten Phase, die im Frühjahr 2024 folgt, wird in jedem Wahlkreis ein jeweils unterschiedliches Thema behandelt, auf welches sich die Abgeordneten untereinander einigen können. Dieses sollte möglichst konkret und konfliktreich sein. Können sich die Abgeordneten nicht einigen, gibt es ein „Fall-Back“-Thema, welches durch das Team ausgesucht und vorbereitet wird. Dabei wird ein Thema gewählt, das in der ersten Projektphase von vielen Teilnehmenden als sehr wichtig und für das Format geeignet eingeschätzt wurde.

Alle Teilnehmenden der Wahlkreistage können in den sogenannten Wahlkreisrat eintreten. Der Wahlkreisrat als Gruppe von Menschen mit diversen Perspektiven dient unter anderem dazu, Abgeordneten kurzfristig Feedback zu wichtigen (bundespolitisch) relevanten Themen zu geben, weitere Wahlkreistage einzuberufen und so die Beziehung zwischen Abgeordneten und Menschen im Wahlkreis langfristig zu stärken.

Weitere Infos unter: https://hallobundestag.de/das-projekt-hallo-bundestag.

3 Ergebnisse des Wahlkreistages

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse des Wahlkreistages in Erfurt – Weimar – Weimarer Land II am 18.11.2023 zusammengetragen. Es wird dabei Schritt für Schritt entlang des Tagesablaufs vorgegangen. Der Tag gliederte sich grob in zwei Arbeitsphasen in Kleingruppen am Vor- und am Nachmittag sowie eine Diskussion mit den Abgeordneten am späteren Nachmittag.

3.1 Begrüßung und Kennenlernrunde

Nach einem herzlichen Empfang im Haus Dacheröden begann der Wahlkreistag offiziell mit einem gegenseitigen Kennenlernen. Zunächst stellte das Team kurz das Projekt *Hallo Bundestag* und den Ablauf des Tages vor. Dann bekamen auch die Teilnehmenden Raum, kurz etwas zu sich zu erzählen. Dabei wurden Reaktionen auf den Erhalt des Einladungsbriefes zum Projekt geteilt. Einige Teilnehmende hatten sofort auf den Brief reagiert, andere wurden von Töchtern, Nachbarinnen, Eltern oder Freunden überredet. Bei einigen gewann schlicht die Neugier auf das Format und die Abgeordneten gegen die anfängliche Skepsis. Andere kamen, weil sie sich verantwortlich fühlten: Man könne nicht immer nur meckern und dann aber nicht zu einer solchen Veranstaltung gehen, so eine Teilnehmerin.

3.2 Erste Gruppenphase am Vormittag

Die erste Kleingruppenphase zielte darauf ab, über persönliche Erfahrungen und Bezüge der Teilnehmenden einen Einstieg in das Thema „Der Staat und wir – ein Geben und Nehmen?“ zu finden.

Zum Einstieg diente eine Übung des „Aktiven Zuhörens“ mit vorbereiteten Fragen zum Thema. Während eine Person Fragen stellte, durfte die andere Person antworten, ohne unterbrochen oder in ihren Aussagen kommentiert zu werden. Nach 10 Minuten sollte die zuhörende Person kurz zusammenfassen, was sie gehört und verstanden hatte, dann wurde getauscht. Die Methode unterstützt eine achtsame Kommunikation, die auf Verstehen anderer ausgelegt ist. Diese Kommunikation prägte die Gesprächsatmosphäre des gesamten Tages zwischen den Teilnemenden.

Im Anschluss an die Übung des Aktiven Zuhörens sollten die Zweierpaare über die Inhalte ihres Gesprächs diskutieren und sich auf ein Thema bzw. Beispiel einigen, das sie gerne in der Kleingruppe weiter diskutieren wollten. Als Kriterium galt hierbei, welches Thema oder Beispiel besonders relevant für die Diskussion am Nachmittag mit den Abgeordneten sein könnte, weil die Politik diesbezüglich ihr Handeln verändern müsse.

Die von den Zweierpaaren eingebrachten Themen wurden in der Kleingruppe anhand einer Skala mit den Polen „Ich” versus „Staat” diskutiert. Die Teilnehmenden wurden aufgefordert, kleine Holzfiguren in Form Ihres Wahlkreises auf der Skala zu positionieren, um kenntlich zu machen, bei wem die Verantwortung für das diskutierte Thema liegen sollte. Während der darauffolgenden Diskussion durften die Teilnehmenden ihre Figuren umstellen, wenn sich ihre Haltung änderte oder sie neue Perspektiven auf die Frage gewannen.

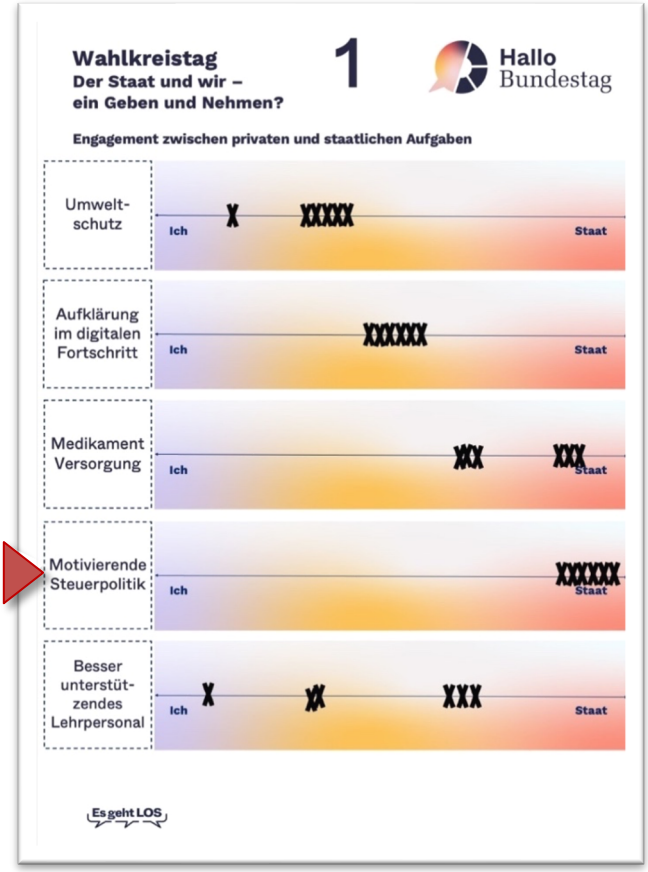
Zum Abschluss der ersten Kleingruppenphase sollte sich die Gruppe auf eines der Themen einigen, die durch die Zweierpaare eingebracht wurden. Dieses sollte der Gruppenfavorit sein, um am Nachmittag mit den Abgeordneten weiter diskutiert und bearbeitet zu werden. Im Fall, dass eines der favorisierten Themen von Jugendlichen eingebracht wurde, durften auch zwei Themen mit in die Abstimmung im großen Plenum genommen werden.

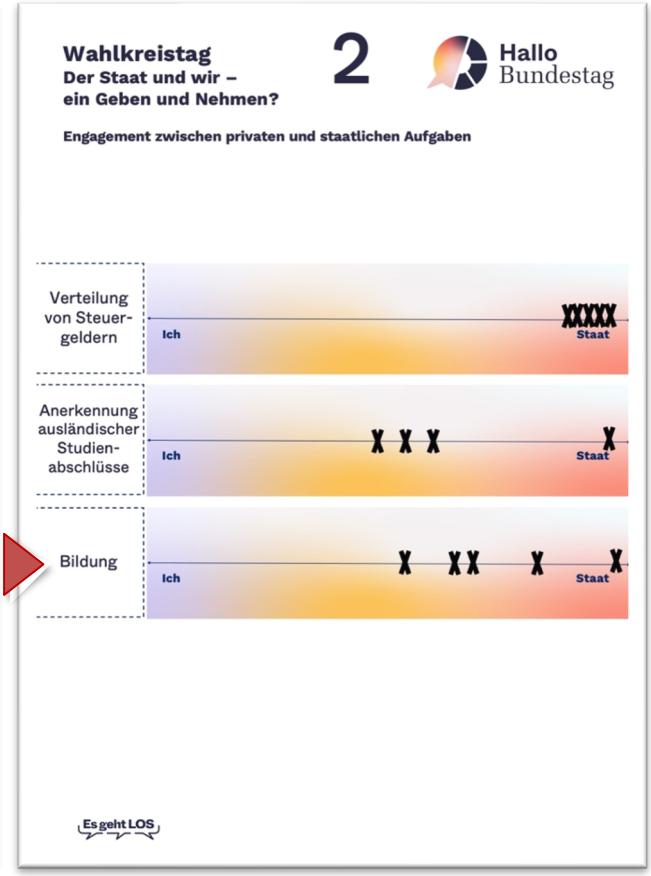
Im Folgenden werden die Themen, die in den Gruppen diskutiert wurden, je Gruppe präsentiert.

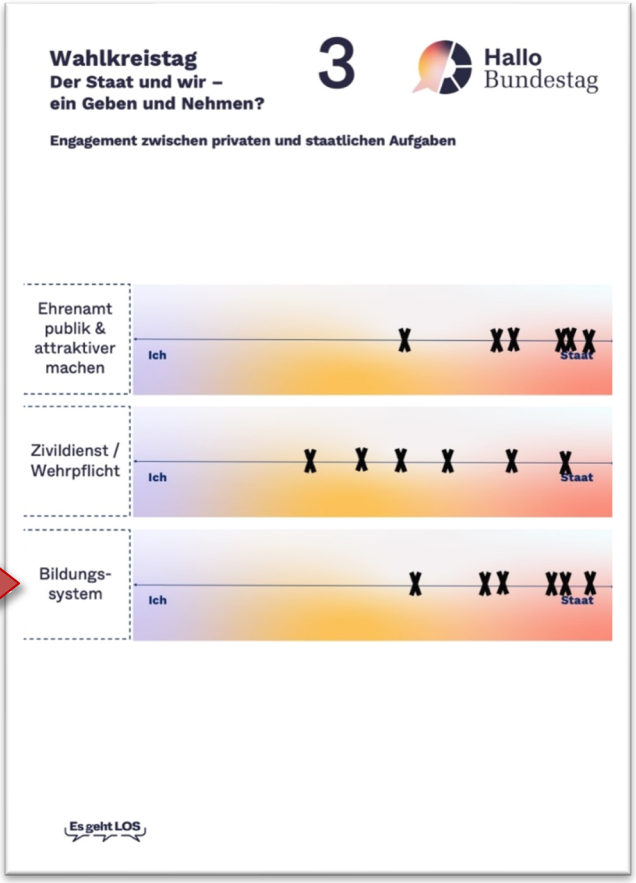
Ergebnisse der Gruppenphase am Vormittag

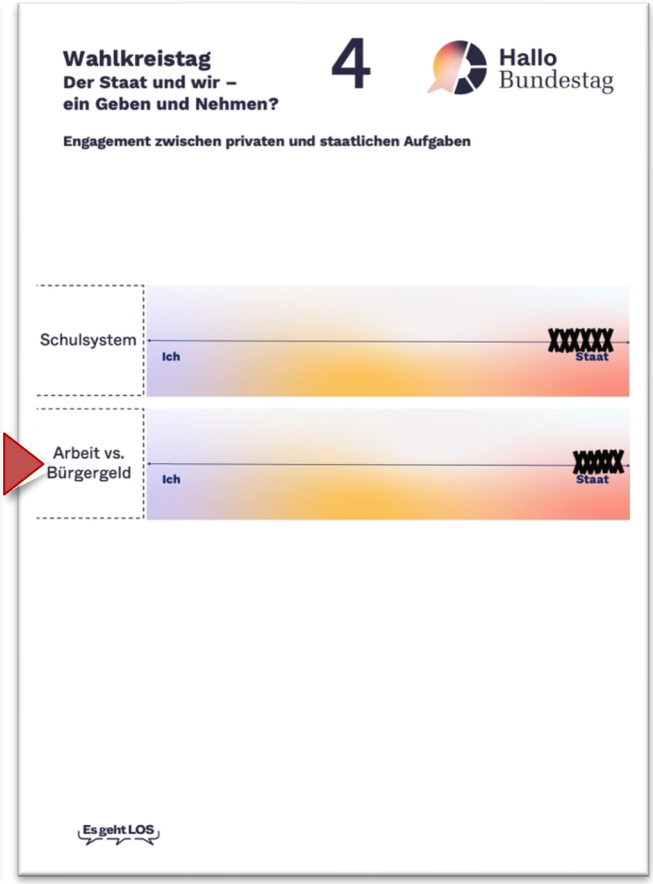
In der ersten Gruppenphase kamen vier Kleingruppen zusammen. Die Themen der vier Gruppen sowie die Positionierung der Teilnehmenden auf der Skala „Ich“ versus „Staat“ am Ende der Diskussion sind auf den folgenden Plakaten ersichtlich. Die Positionierung auf der Skala drückt aus, bei wem die Verantwortung für das diskutiere Thema aus Sicht der Teilnehmenden liegen sollte. Die Kreuze auf der Skala stellen die Positionierung am Ende der Diskussion des Themas dar, also nachdem verschiedene Aspekte geteilt wurden und die Teilnehmenden sich umstellen konnten. Mit rotem Dreieck markiert sind die jeweiligen Themenfavoriten der Gruppen, welche zur Abstimmung ins große Plenum mitgenommen wurden.

In der ersten Kleingruppe wurden fünf Themen besprochen: „Umweltschutz“, „Aufklärung im digitalen Fortschritt“, „motivierende Steuerpolitik“ die „Medikamentenversorgung“, sowie „besser unterstützendes Lehrpersonal an Schulen“. In der zweiten Kleingruppe wurden folgende Themen besprochen: „Verteilung von Steuergeldern“, „Anerkennung von ausländischen Studienabschlüssen“, „Versorgungslücken des Staates“ und „Bildung“. Außerdem wurde zum Thema Diskriminierung von Rentner:innen und Aiusländer:innen durch den Staat diskutiert. In der dritten Kleingruppe wurden drei Themen diskutiert: „Ehrenamt publik und attraktiver machen“, „Zivildienst / Wehrpflicht“ und „Bildungssystem“. In der vierten Kleingruppe wurden zwei Themen besprochen: „Bildungssystem“ sowie „Arbeit vs. Bürgergeld“ mit der Ergänzung um „angemessene Bezahlung“.


Wahlkreistag
Der Staat und wir –
ein Geben und Nehmen?
1
Hallo Bundestag
Engagement zwischen privaten und staatlichen Aufgaben
Umwelt-schutz
Aufklärung im digitalen Fortschritt
Medikament Versorgung
Motivierende Steuerpolitik
Besser unterstüt-zendes Lehrpersonal
Ich
Staat
Es geht LOS


Wahlkreistag
Der Staat und wir –
ein Geben und Nehmen?
2
Hallo Bundestag
Engagement zwischen privaten und staatlichen Aufgaben
Verteilung von Steuer-geldern
Anerkennung ausländischer Studien-abschlüsse
Bildung
Ich
Staat
Es geht LOS


Wahlkreistag
Der Staat und wir –
ein Geben und Nehmen?
3
Hallo Bundestag
Engagement zwischen privaten und staatlichen Aufgaben
Ehrenamt publik & attraktiver machen
Zivildienst / Wehrpflicht
Bildungs-system
Ich
Staat
Es geht LOS


Wahlkreistag
Der Staat und wir –
ein Geben und Nehmen?
4
Hallo Bundestag
Engagement zwischen privaten und staatlichen Aufgaben
Schulsystem
Arbeit vs. Bürgergeld
Ich
Staat
Es geht LOS

3.3 Themenfestlegung für den Nachmittag

Vor der Mittagspause wurden im Plenum die vier Themenfavoriten der Kleingruppen für die weitere Diskussion am Nachmittag vorgestellt: „Motivierende Steuerpolitik“, „Bildung“, „Bildungssystem“ und „Arbeit vs. Bürgergeld“. Da Bildung zweimal vorkam, wurden drei Themengruppen gebildet, in denen am Nachmittag weitergearbeitet wurde:

1. Arbeit vs. Bürgergeld
2. Bildung
3. Verwendung von Steuergeldern







3.4 Gruppenphase am Nachmittag und Diskussion mit den Abgeordneten

In der zweiten Kleingruppenphase am Nachmittag lag der Fokus zunächst darauf, innerhalb der Themen das Problem genauer zu definieren, für welches sich die Teilnehmenden ein verändertes Handeln des Staates und/oder der Gesellschaft wünschten. In weiterer Folge sollte anhand eines Plakats erarbeitet werden, welche Ideen den Teilnehmenden einfielen, um das Problem zu lösen. Dabei wurden sowohl Ideen entwickelt, die der Staat bzw. Regierung und Parlament umsetzen müssten, als auch Ideen, wie sich das Problem durch das Engagement Einzelner beziehungsweise der Zivilgesellschaft mindern ließe. Am Ende der zweiten Kleingruppenphase wurden Rollen für die Diskussion mit den Abgeordneten verteilt. Es sollte möglichst jede:r aus der Gruppe in der Diskussion zu Wort kommen und entweder das Problem, persönliche Erfahrungen hinter dem Problem oder mögliche Lösungsideen auf Seiten des Staates oder der Zivilgesellschaft vorstellen.



Nach der Arbeit in Kleingruppen wurden die Abgeordneten begrüßt. Susanne Hennig-Wellsow (LINKE) und Carsten Schneider (SPD) wurden zunächst zwei Fragen gestellt, die auch die Teilnehmenden sich am Vormittag gestellt haben. Die beiden Abgeordneten zogen aus einem Topf zufällig eine der Fragen und stellten sie sich gegenseitig.

Susanne Hennig-Wellsow wurde die Frage gestellt, ob ihr als Privatperson schonmal Unterstützung gefehlt habe. Nach kurzer Überlegung antwortete sie, dass das bisher nicht der Fall war – von staatlicher Seite nicht und wenn doch mal etwas war, wurde sie von ihrer Familie und ihrem Freundeskreis aufgefangen. Carsten Schneider bekam die Frage gestellt, ob er als Privatperson schon mal vom freiwilligen Engagement anderer profitiert habe. Er erzählte von seinem Fahrradtrainer aus Erfurt, dessen Engagement er in Rückblick auf seine Jugend sehr schätze.

Anschließend wurden die Abgeordneten in einen inneren Kreis innerhalb der U-förmigen Tischformation gebeten. Die jeweiligen Gruppen setzten sich für die Vorstellung der Ergebnisse und die Diskussion dazu. Entsprechend der oben beschriebenen Rollenverteilung stellten die Teilnehmenden vor, was sie am Nachmittag erarbeitet hatten. Die Moderation leitete sowohl durch diese Vorstellung als auch durch die anschließende Diskussion. Nach der Vorstellung der Ergebnisse bekamen die Abgeordneten jeweils 1,5 Minuten Zeit, sich zu den Ergebnissen zu positionieren. Sie wurden aufgefordert, zu erklären, wo sie den Bundestag und damit auch sich selbst in der Verantwortung sähen, die vorgestellten Ideen umzusetzen. Die Teilnehmenden aus der Kleingruppe bekamen die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen, sowie zu kommentieren, ob ihnen ausreiche, was die Abgeordneten zugesagt hatten. Auch die anderen Teilnehmenden konnten sich in die Diskussion einbringen. Zudem war es möglich,

einen leeren Stuhl im inneren Kreis einzunehmen, falls eine wichtige Position oder Perspektive auf das Thema fehlte, zum Beispiel weil entsprechende Personengruppen beim Wahlkreistag nicht anwesend waren.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der drei Gruppen nacheinander beschrieben.

3.4.1 Kleingruppe 1: Arbeit, Steuern, Bürgergeld

Die Gruppe formulierte das Ausgangsproblem wie folgt: Menschen, die arbeiten gehen, würden wenig bezahlt und Menschen, die nicht arbeiten, blieben durch Bürgergeld und fehlende Anreize zu einfach arbeitslos. Arbeitende zahlten viele Steuern, während die Re-Integration von Menschen, die länger schon arbeitslos sind, nicht gut funktioniere. Dabei bestehe ein Fachkräftemangel, dem dringend begegnet werden müsse. Die Renten seien zu niedrig. Dadurch entstehe das Gefühl, dass Arbeit generell zu wenig gewürdigt werde. Gerade bei der Rente bekämen die Teilnehmenden das Gefühl, dass 45 oder 47 Jahre Arbeit nicht wertgeschätzt würden, weil die Rente nicht reiche, und Menschen auf die Unterstützung der Familie angewiesen seien. Die Teilnehmenden wünschten sich, dass der Begriff der Arbeit wieder positiver besetzt würde.

Die Ideenfindung war grundsätzlich von dem Motto begleitet: Menschen, die von der Gemeinschaft profitieren, sollten auch etwas für diese tun. Dabei wurde auch die Erinnerung an Jungpioniere wach, die im Rahmen wöchentlicher Arbeitsaktionen für die Gemeinschaft etwas taten. Ein anderer wichtiger Ansatzpunkt sei, Menschen, die aus verschiedenen Gründen nicht arbeiten oder arbeiten dürfen, in Gemeinwohltätigkeiten einzubeziehen. Ein Teilnehmer berichtete von einer längeren Phase, in der er durch Krankheit nicht arbeiten konnte und wie schwer es ihm fiel, danach wieder in das Arbeitsleben zu starten. Insbesondere Aktivitäten wie Besuche im Altersheim oder andere gemeinwohlorientierte Beschäftigungen könnten dazu beitragen, Langzeitarbeitslose wieder einzugliedern. Als weitere Maßnahme wurde die Abschaffung der Rentensteuer vorgeschlagen. Außerdem sollten Berufe, die der Gemeinschaft dienen, besser bezahlt werden.

Als eigenen Beitrag nannten die Teilnehmenden, dass sie sinnstiftende Arbeit vorleben, den Gemeinschaftssinn fördern und sich in Vereinen engagieren können. Es sei darüber hinaus wichtig, die verschiedenen Lebensrealitäten sichtbar zu machen.

Carsten Schneider antwortete zuerst auf die Frage, was er in Bezug auf dieses Thema unternehmen wird. Arbeit stehe für ihn immer im Zentrum des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens. Daher sei er kein Unterstützer des bedingungslosen Grundeinkommens. Ihm zufolge gab es noch nie so viel Arbeit und so geringe Arbeitslosenzahlen in Deutschland. Gleichzeitig sei die Frage danach, welcher Lohn als wertschätzend angesehen wird und was über Lohn hinaus noch zur Wertschätzung zählt, wichtig. Schneider betonte außerdem, dass die Diskussion ums Bürgergeld öffentlich geführt werden müsse – es muss sich lohnen zu arbeiten. Außerdem sieht er die Notwendigkeit, Geflüchtete in den Arbeitsmarkt zu integrieren, beziehungsweise gesteuert Zuwanderung zu ermöglichen.

In ihrer ersten Antwort betonte Susanne Hennig-Wellsow, dass Bürgergeld zu beziehen nicht bedeuten würde, reich zu werden. Der Mindestlohn von 12 € sowie die Erhöhung aller Löhne in Thüringen um rund 40 % sei dringend notwendig gewesen. Ihrer Meinung nach brauche es ein Mindesteinkommen – auch bei der Rente, z. B. 1200 €. Darüber hinaus sei sie für ein

Renteneintrittsalter ab 63 Jahre. Dass man mit Bürgergeld nicht reich werde, sei den Teilnehmenden bewusst, trotzdem würden darüber hinaus reichende Ermäßigungen locken. Hennig-Wellsow betonte, dass man mit Arbeit mehr Geld verdienen könne und es sehr viele offene Stellen gäbe. Die Agentur für Arbeit sei momentan sehr aktiv, Leute zu vermitteln. Der Staat habe daran ein großes Interesse. Nur zwei Prozent der Arbeitslosen wolle nicht arbeiten. Gleichzeitig sei die Unterstützung beim Wiedereinstieg sehr wichtig.

Aus der großen Gruppe warf eine Teilnehmerin ein, dass sie während der Ausbildung ähnlich viel Geld verdient habe, wie sie Bürgergeld bekommen hätte. Diese Rechnung mache Ausbildungen im Vergleich zum Nichtstun unattraktiver.

Schneider verwies hier einerseits auf die Unterstützungsleistungen, die Auszubildende während ihrer Lehrjahre beziehen könnten. Außerdem sei es ein offensichtlicher Vorteil, nach Beendigung der Ausbildung mehr zu verdienen. Hennig-Wellsow verdeutlichte, dass es 2000 unbesetzte Ausbildungsplätze in Thüringen gebe und gleichzeitig sehr viele Menschen in den nächsten 18 Jahren in Rente gehen werden. Die Politik müsse hierfür Lösungen schaffen.

Eine Teilnehmerin warf ein, dass es ungerecht wirke, dass Rente versteuert werde, Bürgergeld hingegen nicht. Schneider erklärte daraufhin, dass die Versteuerung der Rente Anfang der 2000er der Versteuerung der Beamtenpension angeglichen werden sollte. Es konnte erwirkt werden, dass zwar die Rentenzahlungen versteuert würden, der Rentenbeitrag, der während der Berufstätigkeit eingezahlt wird, jedoch nicht länger versteuert werde. Hier sind mehr Informationen zur Rentenbesteuerung zu finden.

Auf die Frage der Moderation, was die Abgeordneten tun werden, um dieses Thema voranzubringen, antwortete Carsten Schneider, dass er sich dafür einsetzen würde, Löhne in Thüringen weiterhin zu steigern als auch die Mitgliedschaft in Gewerkschaften voranzutreiben. Hennig-Wellsow setze sich für die Attraktivität und Gerechtigkeit von Arbeit ein: Dabei könne erstens über die Vier-Tage-Woche nachgedacht werden, zweitens wolle sie erreichen, dass mehr Urlaubstage gesetzlich festgeschrieben werden.

3.4.2 Kleingruppe 2: Bildung

Die Gruppe definierte das Problem auf verschiedenen Ebenen: Erstens seien weder Lehrende noch Lerninhalte an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Dadurch sei Lehre oft schlichtweg nicht gut. Dazu fehle zweitens der Praxisbezug im Schulalltag. Drittens sei die Vergleichbarkeit vom Abitur nicht gegeben, was unterschiedliche Startvoraussetzungen in Universitäten nach sich zöge: Mitstudierende aus anderen Bundesländern hätten durch bessere Schulbildung Vorteile im Studium. Viertens sei problematisch, dass diplomatische Beziehungen einen Einfluss auf Bildungschancen haben. Wie gut Studierende sich in Deutschland absichern können, hänge von dem Verhältnis ihres Herkunftslandes mit Deutschland ab. Das sei bei BaFög verständlich, nicht aber bei der Möglichkeit, sich zu versichern.

Ausgehend von den Problemen entwickelte die Gruppe Ideen für Maßnahmen: Lehrberuf sowie Sozialarbeit-Beruf müssten attraktiver gestaltet werden. Quereinstiege müssten deutlich erleichtert werden und der Schultag sollte später beginnen. Außerdem sollten Lehrende mehr Freiräume bei den Lehrplänen erhalten. Wichtig sei eine Zentralisierung von beispielsweise Abschlüssen auf Bundesebene.

Angelehnt an das Prinzip des außerschulischen Arbeitstags in der DDR, könne eine Maßnahme für mehr Praxis im Schulalltag ein Praxistag pro Woche sein. Darüber hinaus sollten längere Praktika ermöglicht werden. Ein verpflichtendes Pflegepraktikum könne auch eine Lösung sein.

Als eigenen Beitrag nannte die Gruppe, dass Schulausflüge stärker unterstützt werden könnten durch Eltern. Darüber hinaus nannten sie die Bereitschaft, so etwas wie am Wahlkreistag öfter zu machen: verschiedene Lebensrealitäten zusammenbringen und zu diskutieren, was wir verändern können.

Carsten Schneider antwortete, dass Bildung für ihn sehr wichtig sei und für ihn der Fokus u.a. auf dem Nachholbedarf aus der Covid19-Pandemie liege, der mit 10 Milliarden Euro unterstützt werden soll. An einem Schulstart um 7:30 Uhr würde auch er nicht unbedingt festhalten. In Bezug auf die Studienkosten für ausländische Studierende antwortete Schneider, dass es ein Privileg sei, dass höhere Bildung in Deutschland nichts koste. Dieses allen Menschen zur Verfügung zu stellen, sei schlicht unmöglich. BaFöG ebenso allen Studierenden aus anderen Ländern zu ermöglichen, sei ein Schritt zu weit.

Hennig-Wellsow betonte die Möglichkeit für internationale Studierende, BaFöG zu beantragen. Darüber hinaus müsse BaFöG aber generell überdacht werden. Bei der Zentralisierung fände sie es ebenfalls wichtig, dass unterschieden wird zwischen dem, was regional besser angepasst werden könne und dem, was von einer Zentralisierung profitieren würde. Sie sehe außerdem im Rahmen der Chancengleichheit kostenlose frühkindliche Bildung als notwendig an. Sie sei außerdem stark für die Abschaffung der Hausaufgaben. Was die Bildungspolitik in Thüringen angehe, sei prinzipiell zu wenig Geld vorhanden. Außerdem seien die Prozesse sehr langsam: Von der Entscheidung bis zur Umsetzung bräuchten diese gerne mal 10-15 Jahre, weshalb sie noch immer am Abarbeiten von Entscheidungen aus früheren Regierungen seien.

Als Zusatz zur Vereinheitlichung des Abiturs fügten die Teilnehmenden auch die einheitliche Schullaufbahn von 12 Jahren hinzu.

Auf die Frage, wofür die Abgeordneten sich einsetzen werden, antwortete Hennig-Wellsow, sie würde gern eine solche Diskussion auch den Kolleg:innen auf Landesebene ermöglichen – sie sei überzeugt, dass das sehr fruchtbar wäre und Helmut Holter sehr offen für dieses Format sei.

3.4.3 Kleingruppe 3: Verwendung von Steuergeldern

Das Problem um das Thema „Verwendung von Steuergeldern“ wurde anhand unterschiedlicher Punkte definiert: Generell sei die Steuerpolitik undurchsichtig. Diese Intransparenz führe zu Misstrauen und schaffe Unsicherheit sowie Raum für Desinformation. Gerade in Bezug auf die Verwendung von Steuergeldern für Hilfeleistungen in anderen Ländern kamen Fragen auf: Sind die Gelder von vornherein im Haushalt eingeplant? An welche Stellen im Ausland werden die Gelder gegeben und wie wird ihre Verwendung kontrolliert? Außerdem wirke es, als würden Gelder im Inland für Schulen und die gesundheitliche Versorgung fehlen.

Auch wie Steuergelder überhaupt zustande kommen, sei unklar: Wer zahlt wieviel Steuern? Zahlen ausländische Unternehmen, die in Deutschland wirtschaften, auch Steuern? Wer kann Schlupflöcher nutzen und wer nicht? Es herrsche darüber hinaus ein Gefühl der Ungerechtigkeit. Eine Teilnehmerin beschrieb, dass wenn sie eine Hilfeleistung, die aus Steuergeldern finanziert wird, beantragen möchte, sei es so komplex, dass sie an den Hürden scheitere. Dabei seien die Probleme der Menschen im Inland groß, beispielsweise durch Altersarmut. Ein weiteres Problem sei, dass Deutschland ausländische Arbeitgeber bezahle und dadurch Innovationskraft im Inland verhindere.

Die entwickelten Ideen sollen diesen Problemen begegnen. Als erstes wurde genannt, dass mehr Wissen vermittelt werden solle. Ein Teilnehmer nannte dafür das Beispiel Corona: Während der Pandemie sei es der Regierung gelungen, wichtige Informationen verständlich aufbereitet beinahe täglich an die Bevölkerung zu vermitteln. Das könne Vorbild sein. Außerdem sollte die Kontrolle über die Verwendung gestärkt werden. Politiker:innen sollten in verständlicher Sprache öffentlich Rechenschaft darüber ablegen, wofür sie Steuergelder verwendet hätten. Wenn etwas schief laufe, sollte auch Verantwortung dafür übernommen werden. Für die Vereinheitlichung von Steuergeldern gab es die Idee, die Mehrwertsteuer auf 20 % auf alles bis auf Grundnahrungsmittel und notwendige Versorgungsgüter anzusetzen. Um festzulegen, was dazu zählt, sollten Bürger:innen befragt werden. Umfragen könnten auch bei der Vereinfachung der Steuerpolitik helfen. Eine solche Vereinfachung sollte von einem unabhängigen Gremium entschieden werden. Hier könnte sich auch an anderen Ländern orientiert werden.

Der eigene Beitrag der Teilnehmenden sei einerseits das pünktliche Zahlen von Steuern. Außerdem äußerten sie die Bereitschaft zur Mitarbeit in Kontrollmedien oder -gremien. Darüber hinaus sei es ihre Verantwortung, die Sicherheit der Informationsquellen zu überprüfen.

In der Diskussion äußerten die Abgeordneten großes Verständnis für die identifizierten Probleme und deren Verflechtungen. Sie bedankten sich für die guten Ideen.

Susanne Hennig-Wellsow stimmte zu, dass die Kontrolle gestärkt werden müsse. Der Deutsche Bundestag sei mit allen Fraktionen an den Haushaltsdiskussionen beteiligt. Darüber verfüge die Opposition bereits über eine Kontrollfunktion. Vereinfachung sei wichtig, aber es sei unmöglich, ein „Bierdeckel“-Steuersystem zu versprechen. Die Frage, ob auch Politiker:innen Steuern zahlten, bejahte Hennig-Wellsow. Zur Problematik der unverständlichen Versteuerung ergänzte sie die Luxussteuer auf Hygieneartikel für Frauen.

Carsten Schneider bestätigte, dass alle Ausgaben öffentlich einsehbar seien, zum Beispiel auf seiner Website. Er würde seinen Mitarbeiter:innen auf jeden Fall melden, dass die Verständlichkeit dieser Informationen noch verbessert werden sollte. Die Steuern, die jede:r Einzelne zahle, fielen unter das Steuergeheimnis, das es in Deutschland gibt. Er betonte die Wichtigkeit internationaler Arbeitgeber, weil sie Innovationen bringen, die wir nicht in gleicher Weise stemmen könnten. Wichtig sei aber, dass diese auch Steuern auf ihre Umsätze zahlen. In der Diskussion wurden weitere Fragen geklärt und die Abgeordneten nahmen die

Bereitschaft der Gruppe, sich auch an diesen Fragen weiter zu beteiligen, sehr positiv auf und würden überlegen, welche Formate es dafür geben könne.











3.5 Abschlussrunde

Am Ende des Tages wurde mit einer Feedback- und Reflexionsrunde sowie Informationen zum weiteren Verlauf des Projektes und zum langfristig angelegten Wahlkreisrat geschlossen.

Stimmen aus der Abschlussrunde

Susanne Hennig-Wellsow und Carsten Schneider durften ebenso wie die Teilnehmenden zu Wort kommen:

Hennig-Wellsow: „Danke für Ihre Teilnahme! Es ist wertvoll, diesen Blick auf die Politik einzunehmen. Ich bin begeistert von der Gesprächsatmosphäre. Wir haben über Themen ruhig gesprochen, bei denen es im Bundestag schon längst geknallt hätte. Dieses Miteinander-Reden fehlt uns an allen Ecken und Enden. Das Format sollte unbedingt aufrecht erhalten werden."

Carsten Schneider: „Ich fand das Format wieder großartig. Über sensible Themen so gut zu sprechen, ist wirklich nicht typisch. Ich möchte die Einladung nochmal wiederholen, dass wir diese Gespräche gern weiterführen können. Sie sind jederzeit eingeladen, im Wahlkreisbüro vorbeizukommen."

Im Folgenden sind die Stimmen der Teilnehmenden abgebildet. Wo sich etwas wiederholt hat, wurde es nicht erneut aufgeschrieben.

„Es war sehr schön, mal etwas so Neues zu erleben. Eine richtige Blickwinkelerweiterung."

„Riesengroßes Dankeschön an das Team von Anfang bis zum Ende. Mein Fazit zum Tag ist, dass wir noch miteinander reden können als Gesellschaft."

„Die verschiedenen Blickwinkel und die verschiedenen Altersgruppen waren extrem spannend. Und dass wir uns so unterhalten können, gibt mir Hoffnung."

„Ich fand es sehr interessant und intensiv. Gleichzeitig bleibt noch die Frage offen, wie es weitergeht und was mit den Ergebnissen passiert."

„Der Tag war wirklich kurzweilig, es ging so schnell vorbei. Danke für die Organisation! Nur ein kleiner Kritikpunkt: Es fehlten zwei Parteien."

„Es war heute sehr komplex, sehr viele Themen. Die Zeit ging zu schnell rum, aber gerade die brauchen wir, um miteinander zu sprechen. Die Abgeordneten sind zu kurz gekommen. Aber dennoch danke, dass Sie da waren!"

„Es hat wirklich Spaß gemacht. Ich hoffe, dass es auch etwas bringt."

„Danke für den vielfältigen Tag und den sehr respektvollen Umgang. Ich hoffe, dass es weitergeht!"

„Am besten fand ich die Durchmischung – nicht nur vom Alter her, sondern auch vom Unternehmer zum Arbeiter, vom Schüler zur Rentnerin."

„Der Tag hat meine Erwartung übertroffen. Dass wir gut miteinander reden können, ist toll. Aber wieso geht das nicht auch im Bundestag? Anstatt gute Ideen vom Tisch zu fegen, wie wär's mit einfach zusammen arbeiten?"

„Danke, dass es so einen Verein wie den Ihren gibt. Das bringt ja für alle etwas!"

„Ich hätte mir auch mehr Zeit mit den Politiker:innen gewünscht, aber es war sehr spannend und gut organisiert."

4 Ausklang und „Wie geht es weiter?"

Der Wahlkreistag im Wahlkreis Erfurt – Weimar – Weimarer Land II am 18. November 2023 mit 23 Teilnehmenden und den Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider (SPD) und Susanne Hennig-Wellsow (LINKE) stieß insgesamt auf sehr positive Resonanz.

Der hohe Anteil der Teilnehmenden, die sich am Ende für eine Weiterarbeit im längerfristig angelegten Wahlkreisrat entschieden, sowie das positive Feedback aus der Abschlussrunde zeigten, dass der Tag von vielen als gewinnbringend erlebt wurde. Auch die Abgeordneten waren sichtlich zufrieden mit dem Nachmittag. Beide boten Möglichkeiten für die gemeinsame Weiterarbeit an und bestätigten die Bereitschaft, in im Rahmen des Wahlkreisrats noch einmal zusammenzukommen.

Am Ende des Tages blieben einige Teilnehmende noch vor Ort, um sich mit Susanne Hennig-Wellsow, dem Team und einem Journalisten von der Thüringer Allgemeinen zu unterhalten.

Impressum

Herausgeber: Es geht LOS, Wrangelstraße 22, 10997 Berlin

eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg als

Demokratie Innovation e.V. unter VR 36580, Vorstand: Katharina Liesenberg (1. Vorsitzende), Jonas Beuchert (Stellvertreter), Dr. Joachim Haas (Finanzbeauftragter)

Autorin: Juliane Baruck

Veröffentlichung: Dezember 2023